Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 16-17

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Moldau-Bäuerinnen in Sonntagstracht vor der Kirche.

zugänglich wären. Immerhin sollte es bei solchen Gesprächen auffallen, dass nur die westliche Aufrüstung, nur der westliche Kolonialismus, nur die westliche Rassendiskrimierung angeprangert werden, nicht aber die entsprechenden (freilich grösseren) Erscheinungen in der UdSSR.

Kindererziehung

Was die kirchliche Erziehung von Kindern betrifft, so besteht zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien ein wesentlicher Unterschied. In der Sowjetunion ist es der Kirche untersagt, sich mit Kindern zu beschäftigen, gruppenweise Religionsunterricht zu erteilen, Ausflüge zu organisieren usw. In den Volksdemokratien sind wohl alle kirchlichen Jugendorganisationen aufgelöst worden, doch kann die Kirche (selbstverständlich nur ausdrücklich verlangten) Religionsunterricht geben. Er steht allerdings unter staatlicher Aufsicht.

Professionelle Möglichkeiten

Höhere kirchliche Funktionäre können im kommunistischen System nicht nur gut bezahlt sein, sondern auch gehobene Stellungen einnehmen. Miklos Beresztoczy, katholischer Priester und Administrator des seit der 1948 erfolgten Verhaftung von Kardinal Mindszenty vakanten Erzbistums, ist Vizepräsident des ungarischen Parlamentes. Pater Josef Plojhar (er wird als exkommuniziert betrachtet) wurde als katholischer Priester tschechoslowakischer Gesundheitsminister. Der Dekan der protestantischen theologischen Akademie von Prag, Prof. J. Hromadka (der verschiedentlich vor schweizerischen ökumenischen Kreisen sprach), ist Leninpreisträger für seine Verdienste «im Kampf um den Frieden». Solche Männer haben staatliche Lohnergänzungen, welche das Doppelte ihres normalen Gehaltes ausmachen. (Der Volksmund spricht dabei von «Gefahrenzulage».) Solche Personen können ohne Mühe und mit genügend Devisen ins Ausland reisen, nachdem sie die betreffenden Tagungen, Konferenzen usw. mit der Propaganda-Abteilung des Partei-Zentralkomitees besprochen haben. Andern Priestern wird eine Auslandreise nicht gestattet.

Diskriminierung

Hat die klerikale Profession ihre Möglichkeiten, so ist der Priesterberuf auf jeden Fall sehr schwer. Ein Geislicher muss damit rechnen, dass seine Kinder nur unter der Bedingung in Mittelschulen aufgenommen werden, dass er dem Regime gegenüber zumindest loyal bleibt oder in irgendeiner Form kollaboriert (Friedensbewegung, Volksfront). Die materielle Existenz eines Priesters ist unsicher. Er weiss nie, wann ihm die staatliche Unterstützung entzogen wird. In der UdSSR üben zahlreiche Geistliche noch eine zweite Erwerbstätigkeit aus. Als Priester sind sie sozialversichert und erhalten auch Kinderzulagen. Ihr Lohn ist klein, auf jeden Fall beträchtlich geringer als der Gehalt in irgendeinem andern intellektuellen Beruf.
Das Privatleben aller Angehörigen des geistlichen Standes wird von der Partei besonders aufmerksam kontrolliert. Korrespondenz mit dem Ausland wird bei einer allfälligen Strafverfolgung, bei beruflicher oder gesellschaftlicher Kaltstellung jeweils als Beweis für «imperialistische Agententätigkeit» angeführt.

Spärlicher Nachwuchs

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, dass der Priesternachwuchs nur kaum gewährleistet werden kann. Die Russisch-Orthodoxe Kirche, die grösste Kirche des Ostens, hat für 30 Millionen Gläubige nur acht Mittelschul-Seminarien und zwei theologische Akademien. Diese zehn Institutionen zählten 1956 insgesamt 2000 Studenten. Seither hat diese Zahl abgenommen. Die zwei Hochschulen entliessen 1960 nur 43 Absolventen, von denen erst noch einige zum Dienst im Ausland (CSSR, Rumänien, Libanon, Polen) bestimmt waren. Die antireligiöse und antikirchliche Propaganda hat auch in den Seminarien freie Hand. Dazu kommt die Infiltrierung der theologischen Studentenschaft mit Parteipropagandisten und «agents provocateurs». Manche Atheisten tragen das Priestergewand. Selbstverständlich leidet das Vertrauen der Gläubigen in die Vertreter der Kirchen unter dieser Tatsache. Die ausserhalb der grossen Kirchen stehenden Sekten nahmen in der UdSSR in den letzten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung. Sie werden — auch das ist bezeichnend — vom Regime in keiner Weise toleriert sondern rücksichtslos und offen verfolgt.

Kirche

Bulgarien

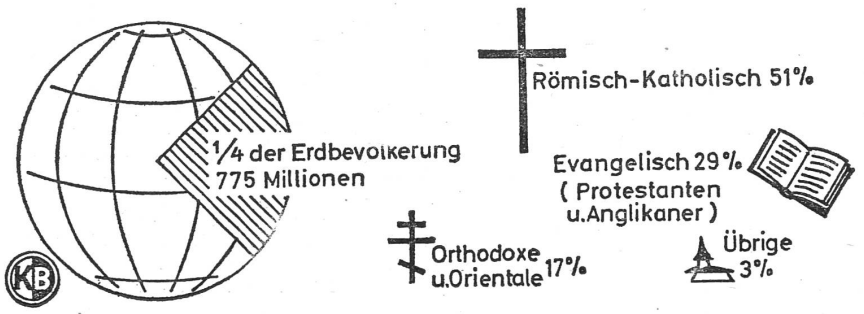
Kirchliche Kontakte

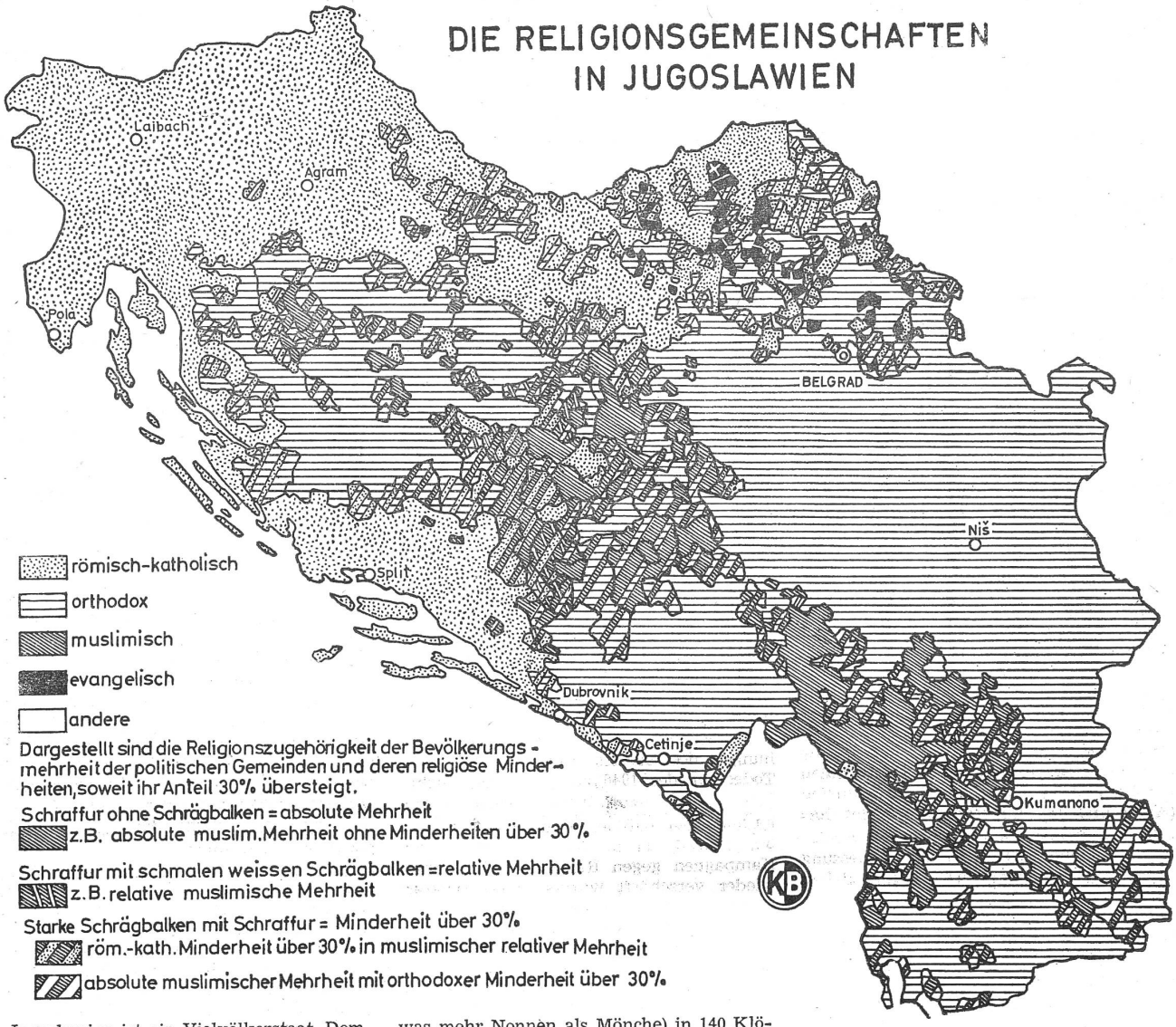
Im Zeichen der Oekumene versuchen die osteuropäischen Kirchen, ihre Isolation zu überwinden. Das ist ein begreifliches Anliegen und verdient Förderung. Wenn allerdings die Kirchen im kommunistischen Herrschaftsbereich heute im Gegensatz zu früher Auslandkontakte anknüpfen dürfen, so deutet das auch auf eine veränderte Interessenlage der politischen Führung. In der Ueberzeugung, die Kirche im eigenen Lande notfalls mit Zwangsmassnahmen unter Kontrolle halten zu können, betrachtet der Kommunismus diese Kontakte als neuen Träger der Propaganda. Um den unterdrückten Kirchen behilflich sein zu können, so überlegt man in Moskau wahrscheinlich, werden die westlichen Kirchen gewillt sein, einen Preis zu bezahlen, und sei das auch nur die Einstellung des kirchlichen Kampfes gegen den Kommunismus. In diesem Sinne hat die bulgarische orthodoxe Kirche eine bedeutungsvolle Initiative ergriffen. Patriarch Kiril hat an der Spitze einer Delegation Mitte März eine längere Reise angetreten, die ihn zunächst nach Istanbul zum Oekumenischen Patriarchen Atenagoras führte. Nach einem sechstägigen Aufenthalt, währenddem Kiril Klosterkirchen und die theologische Schule besuchte, ist der bulgarische Kirchenfürst weitergereist, um dem Patriarchen von Antiochien und dem ganzen Osten, Theodosius, in Damaskus einen Besuch abzustatten. Weitere Besuche finden beim Patriarchen von Alexandrien in der VAR, beim Patriarchen von Jerusalem in Jordanien und beim Erzbischof von Athen in Griechenland statt.

Das ist eine der zahlreichen interessanten Initiativen, welche den Ostkirchen gegenwärtig eine eigene Prägung verleihen. Sie sind im einzelnen und auf der persönlichen Ebene zweifellos kirchlichen Charakters. Im gesamten aber ordnen sie sich — den Trägern dieser Bezeichnungen vielleicht unbewusst — in die Strategie der kommunistischen Führung ein.

Anders verhält es sich mit den sicher nicht selten Kontakten der Kirchen in der freien Welt, die nach Absicht und Wirkung ausschliesslich kirchlichen Charakter aufweisen. Daher stellt sich denn auch den Kirchen in der freien Welt eine ernsthafte und schwer zu entscheidende Frage: müssen sie nicht mithelfen, eine Freiheit zu sichern, die auch der Kirche selbst das grösste Missionsfeld öffnet und dem Einzelnen überdies menschenwürdige Verhältnisse zugesteht.

Die christliche Bevölkerung der Erde





«Jugoslawien ist ein Vielvölkerstaat. Demzufolge umfasst es auch verschiedene Glaubensbekenntnisse. Das ist nur natürlich — historisch betrachtet.»

So beginnt eine in Belgrad auf französisch herausgebrachte kleine Schrift, welche die angeblich unbeschränkte Freiheit der Kirchen im Lande zum Gegenstand hat.

Tatsächlich entspricht die Verteilung von Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Föderation weitgehend der ethnographischen Struktur des Landes und seiner Geschichte. Immerhin lassen sich Hauptgruppen deutlich erkennen, deren prozentualer Anteil an der gläubigen Bevölkerung in der Volkszählung von 1953 (die letzte Erhebung, welche die Religionszugehörigkeit umfassend berücksichtigte) folgendes Bild ergab: Orthodoxe 48, Römisch-Katholische 36, Mohammedaner 14, Protestanten 1,01. Die übrigen zwei Prozent enthalten weitere christliche Gemeinschaften, Juden, nichtchristliche Sekten.

Eine Uebersicht über die wichtigsten Kirchen des Landes (mit ungefähren Zahlen) ergibt folgendes Bild:

Serbisch-Orthodoxe Kirche

Das Patriarchat mit Sitz in Belgrad umfasst 24 Diözesen. 7 Millionen Gläubige, 1700 (1500?) Priester, 600 Ordensleute (etwas mehr Nonnen als Mönche) in 140 Klöstern, zwei Priesterseminarien in Belgrad und Prizren mit insgesamt gut 300 Seminaristen und eine theologische Fakultät in Belgrad mit gut 100 Studenten

Mazedonisch-Orthodoxe Kirche

Gegründet im Oktober 1958, vollständige Trennung von der Serbisch-Orthodoxen Kirche im Juli 1959. Drei Bistümer, 800 000 Gläubige, 212 Priester, 80 Ordensleute, 210 Kirchen und 50 Klöster.

Römisch-Katholische Kirche

26 Bischöfe in 4 Erzbistümer, 14 Bistümer und 4 Apostolische Vikariate. 6,7 Millionen Gläubige. (Geographische Verteilung: Nordwesten des Landes, vor allem Kroatien und Slowenien.) 3300 Priester und Patres, 5700 Ordensschwestern. Einige «Priesterverbände» werden vom Staat unterstützt; das Presseorgan des slowenischen Priesterverbandes wurde vom Vatikan auf den Index gesetzt. Zwei theologische Fakultäten in Zagreb und Ljubljana, 14 Priesterseminarien (1953).

Altkatholische Kirche

Drei Kirchen (Serbien, Vojvodina, Kosmet/Kroatien, Mazedonien/Slowenien) vereinigten sich 1954 zum Bund der Altkatholischen Kirchen in Jugoslawien, der am 26. September 1955 in Bern in die Internationale Altkatholische Union aufgenommen wurde. Vermutlich etwa 10 000 Gläubige, 30 Priester.

Die Protestantischen Kirchen

Die Reformierte Christliche Kirche umfasst etwa 36 000 Gläubige, grossenteils Ungaren in Nordjugoslawien. Ein Bischof, 30 Priester.

Slowakisch-Lutherische Kirche, 55 000 Gläubige. Die Lutherische Kirche in Kroatien und Bosnien-Herzegowina zählt 10 000 Angehörige, die Evangelisch Lutherische Kirche von Serbien und Vojodina 17 000 Mitglieder. Alle Lutherischen Kirchen sind seit 1952 im Bund der Evangelischen Kirchen Jugoslawiens zusammengeschlossen.

Weitere Religionsgemeinschaften

Zwei Millionen Mohammedaner (vor allem türkischer und skipetarischer Abstammung), 2200 Priester, 1900 Moscheen.

Wenige jüdische Gemeinden, unbekannte, kleine Anzahlkleine Anzahl von Adventisten.

Wie steht es mit der unbeschränkten Freiheit» der Kirchen in Jugoslawien? Verfassunggemäss (Artikel 25) heisst es: «Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist den Bürgern gewährleistet. Die Kirche ist vom Staat getrennt. Die Religionsgemeinschaften, deren Lehre nicht im Widerspruch zur Verfassung steht, geniessen Freiheit zur Verwaltung ihrer religiösen Angelegenheiten und zur Ausübung ihres religiösen Kultes. Schulen zur Priesterausbildung sind frei, unterstehen aber der Aufsicht des Staates. Der Missbrauch von Kirche und Religion zu politischen Zwekken ist verboten, ebenso das Bestehen politischer Organisationen auf religiöser Grundlage. Der Staat kann den Religionsgemeinschaften materiellen Beistand gewähren.»

Detaillierter ist das Gesetz über die Religionsgemeinschaften von 1953. Hier wird die Glaubens- und Gewissensfreiheit erneut garantiert und die Religion zur Privatangelegenheit erklärt (Art. 1). Dementsprechend wird die Trennung von Kirche und Schule aufrechterhalten (Art. 4), das Verbot des «Missbrauchs religiöser Gefühle für «politische Zwecke» bekräftigt (Art. 5) und die Kultusfreiheit zugesichert (Art. 3). Als «juristische Personen» können die Religionsgemeinschaften staatliche Unterstützung erhalten, wobei die Verwendung der materiellen Hilfe von den Exekutivräten der Volksrepublik überwacht wird (Art. 11). Die Geistlichkeit ist von der Wehrpflicht nicht ausgenommen (Art. 7). Die Ausbildung des Priesternachwuchses obliegt den Religionsgemeinschaften, die zu diesem Zweck Mittel- und Hochschulen «ungehindert gründen und leiten» dürfen (Art. 4 und 18). Der Missbrauch des Religionsunterrichtes kann neben den gesetzlich vorgesehenen Strafen die Schliessung der Religionsschulen nach sich ziehen (Art. 22).

Schon aus diesen Texten werden die Aufsichtsbefugnisse und das Einmischungsrecht des Staates offensichtlich.

Die eigentliche Macht im Lande, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, hat zur Religion eindeutig Stellung genommen. Im Programm des BdKJ steht unter anderm: «Der Marxismus ist als Weltanschauung und ideelle Grundlage der praktischen Tätigkeit der Kommunisten unvereinbar mit irgendwelchen religiösen Ueberzeugungen. Deshalb ist innerhalb der Mitgliedschaft des BdKJ keinerlei religiöses Glaubensbekenntnis gestattet. Die Kommunisten werden sich entschlossen allen Versuchen widersetzen, religiöse Gefühle für politische Zwecke auszunützen oder die Kirche zum Stützpunkt antisozialistischer Kräfte machen zu wollen.»

In der Praxis zeigt sich wiederum ein anderes Bild. Zwischen 1945 und 1953 wurden die Kirchen nicht nur enteignet und unterdrückt, sondern verfolgt. Nach Titos Machtübernahme in Jugoslawien wurde eine grössere Anzahl von Priestern aller Glaubensbekenntnisse unter dem Vorwand, Kollaboration mit dem Feinde betrieben zu haben, verhaftet und zum Tod oder zu Zwangsarbeit verurteilt. Namentlich gegenüber der römisch-katholischen Kirche nahm die Verfolgung Terrorzüge an.

Nach 1953 — dem Entstehungsjahr des oben zitierten Gesetzes über die Rechtsstellung der Religionsgemeinschaften — zeigte sich das Regime daran interessiert, einen *modus vivendi* mit den Kirchen zu schliessen. Eine Art Burgfrieden kam zustande, wobei gewisse Liberalisierungsmassnahmen den Kirchen beispielsweise gestatteten, ihre Kontakte mit den Schwesternkirchen im Ausland wieder aufzunehmen. Gespannter blieben die Beziehungen des Staates noch bis 1960, dem Todesjahr des 1946 zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilten Kardinal Stepinacs, zur katholischen Kirche. In den beiden letzten Jahren, da in der Sowjetunion die Kampagnen gegen Religion und Kirchen wieder verschärft wurden, hielt Belgrad ungefähr den *status quo* bei. Tito will sich weder mit den ihn wirtschaftlich unterstützenden westlichen Staaten überwerfen, noch sich die Sympathien des mohammedanischen Orients verscherzen, als dessen grosser Freund er auftritt.

Serbisch-orthodoxe Nonnen vom Kloster Nikolje. Im Vordergrund der Prior, daneben sitzend zwei Novizinnen im Schulalter.

Aussenhandel

Tschechoslowakei

«Wir profitieren von den Entwicklungsländern»

Die Hilfe kommunistischer Staaten an Entwicklungsländer ist bekanntlich immer «selbstlos». Um so überraschender wirkt es, wenn man sich in der CSSR bemüht, sie als eine profitliche Angelegenheit darzustellen. Der Grund dieser internen Darstellung ist ebenfalls interner Natur:

In der CSSR wird die Ansicht vertreten, die Steigerung des Exports gehe auf Kosten der einheimischen Verbraucher.

Kürzlich gab sich Radio Prag alle Mühe, den Hörern, die dieser Meinung in Briefen an die Rundfunkstation Ausdruck verliehen hatten, zu versichern, dass ihre Befürchtungen grundlos seien.

Man hatte Premysl Duska, einen prominenten Vertreter der kommunistischen Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse ans Mikrophon gebeten, der sich mit der Ansicht auseinandersetzte, dass der Handel mit den Entwicklungsländern für die CSSR nachteilig sei.

Er gab unumwunden zu, dass die Leute, die diese Ansicht vertreten, allgemein der Meinung seien, die CSSR erhalte für ihre Exporte in diese Länder praktisch nichts und das ganze sei lediglich eine politische Angelegenheit.

Duska erklärte, dies sei selbstverständlich nicht der Fall. Die Tatsache, dass die CSSR ein Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder habe und sie unterstütze, heisse nicht, dass sie ihre Exportgüter verschenke.

Er ging dann zur Offensive über und warf den Arbeitern seines Landes vor, sie sähen offensichtlich die Bedeutung der Exporte für die Wirtschaft nicht ein. Besonders wies er darauf hin, dass alle Anstrengungen gemacht werden müssten, um die Lieferzeiten zu verkürzen und die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern.

Bei den Bemühungen des Sowjetblocks, mit Hilfe wirtschaftlicher Unterstützung die Völker Asiens und Afrikas zu beeinflussen und in diesen Ländern Freunde zu gewinnen, kommt der CSSR eine besondere Stellung zu.

Im Jahre 1960 zum Beispiel, unterhielt die CSSR mit 112 Ländern Handelsbeziehungen, erzielte einen Umsatz von 27 000 Millionen Kronen (das sind 3800 Millionen Dollar zum offiziellen Kurs) und einen Ueberschuss von 820 Millionen Kronen (114 Millionen Dollar).

Der grösste Teil des Handels entfällt auf die anderen kommunistischen Länder. Dieser Anteil soll bis zum Jahre 1965 auf 75 Prozent des gesamten Handels gesteigert werden. Gleichzeitig sollen auch die Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern weiter ausgebaut werden. Bis zum Jahre 1965, dem Ende des laufenden Fünfjahresplans, soll der Handel mit den Entwicklungsländern mindestens die Hälfte des Warenaustausches mit den nichtkommunistischen Ländern betragen.

Der Tschechoslowakei kommt in der kommunistischen Strategie für die Entwicklungsgebiete deshalb ein besonderer Platz zu, weil dieses Land bereits zu den Zeiten der k. u. k. Monarchie industrialisiert worden war.

Wohnungsnot

Ungarn

Vermieter und Mieter umgeben vom Gitter

Ungarn leidet wie die meisten Länder in Europa an Wohnungsnot. Im kommunistischen Herrschaftsbereich versucht man aber dieser Not mit andern Methoden beizukommen als im Westen. Im Vordergrund steht dort keineswegs der Wohnungsbau, sondern die Beschränkung der Wohnfläche für den Bürger. Die so ersparten Arbeitskräfte werden auf Kosten der Lebenshaltung zur raschen Industrialisierung eingesetzt.

Die Wohnfläche wird dabei recht drastisch beschränkt. Eine Familie von zwei Personen hat Anrecht auf ein Zimmer; je zwei weitere Personen können ein weiteres Zimmer beanspruchen. Wenn die Wohnung nicht genügend «ausgenützt» ist, wird eine Mietzinszulage erhoben. Ein Zimmer ist «ausgenützt», wenn es von zwei Personen bewohnt wird und nicht mehr als zwölf Quadratmeter Fläche aufweist. Bei grösserer Fläche wird die Zulage erhoben. («Uj Magyar Lexikon», IV/304).

Eschreckend sind die Wohnverhältnisse der Lehrer. 5500 Lehrer wohnen zu dritt oder zu viert in einem Zimmer; 603 leben mit einer mehr als fünfköpfigen Familie im gleichen Zimmer. Ueber 5000 Lehrer wohnen in Untermiete; 2000 sind in Notwohnungen oder behelfsmässig in Schulhäusern untergebracht. («Nepszava», 27. Februar 1962).

Wird die Wohnung nicht ausgenützt, müssen Zimmer vermietet werden. Der Vermieter kann dem Untermieter nur aus familiären oder gesundheitlichen Gründen künden. Die veränderten Verhältnisse des Vermieters müssen jedoch in jeder Hinsicht überprüft werden. Die Lohnflächennorm darf nicht missachtet werden. Bei der Beanspruchung des Raumes zum Eigengebrauch des Vermieters dienen Eheschliessung, Geburt oder Verschlechterung des Gesundheitszustandes an sich noch nicht notwendigerweise als genügende Voraussetzung. («Figyelö», 21. März 1962.)

Wenn der Untermieter den Mietzins nicht bezahlt, so ist das kein Kündigungsgrund. Das wurde in einem obergerichtlichen Urteil festgestellt, das übrigens die Parteien anwies, «die Regeln des sozialistischen Zusammenlebens» zu respektieren. («Figyelö», 7. März 1962).

Vermieter und Mieter befinden sich so im Laufgitter, aus dem es nur selten eine Befreiung gibt. Der Bürger ist der Willkür des Wohnungsamtes ausgesetzt.

Bauwirtschaft

Polen

Unvollendete Investitionsbauten

Nach Mitteilung der polnischen Investitionsbank nimmt die Zahl der unvollendeten Investitionsbauten jährlich zu. Wenn man die unfertigen Bauten am 1. Januar 1960 mit 100 bezeichnet, so erhöhte sich diese Zahl 1961 auf 140 und 1962 auf 150. Auch das Verhältnis zwischen dem Wert der fertiggestellten Investitionsbauten und den Investitionsausgaben des gleichen Jahres wird immer ungünstiger. Anfang 1961 betrug der Wert der beendeten Objekte nur 93 Prozent der getätigten Aufwendungen, und zu Beginn des laufenden Jahres sank dieser Prozentsatz noch weiter auf 87 Prozent. Die Zahl der angefangenen aber nicht beendeten Bauten ist von 29 300 (1. Quartal 1960) im darauffolgenden Jahr auf 31 100 gestiegen. Im Jahre 1960 wurden von den 416 als dringend bezeichneten Investitionsbauten nur 187 (45 Prozent) in Betrieb genommen.

Als Grund dieser Missstände wird der Mangel an Koordinierung der Bauarbeiten und maschinellen Zulieferungen angegeben. Ferner spielt auch die verspätete Uebergabe der Unterlagen für die Kredite eine wichtige Rolle: am 1. Januar 1962 gab es laut Bankkontrolle für Investitionen im Wert von 7,3 Milliarden Zloty weder Baupläne noch Kostenvoranschläge.

Wirtschaft

CSSR

Arbeitermangel in Kohlenminen

Die Kohlengruben in der Tschechoslowakei leiden Mangel an Arbeitskräften. Daher werden «Freiwillige» brigadeweise eingesetzt. Nach offiziellen Statistiken hat seit 1945 wenigstens ein Mitglied jeder zweiten Familie des ganzen Landes in den Schächten des Reviers Ostrava-Karvina gearbeitet. Trotzdem dauernde Beschäftigung geboten worden ist, bleiben wenige Arbeiter zurück. 1961 kamen 24 840 Arbeiter neu in die Ostrauer Minen; 24 585 Arbeiter verliessen jedoch den Arbeitsplatz im gleichen Zeitraum.

Um das Plansoll für die Entsendung von Brigadearbeitern nach Ostrau zu erfüllen, werden Arbeiter ausgelesen, die ein Gesuch um Zuteilung eines Bezugsscheines für ein Personenauto oder eine Wohnung eingereicht haben. Mit dem Versprechen, diese Gesuche wohlwollend zu behandeln, werden diese Arbeiter für ein Jahr in die Kohlenminen geschickt. Auf diese Weise wird natürlich die durchschnittliche Beschäftigungsdauer im gleichen Betrieb nicht verlängert.

Gemäss einem Beschluss des Zentralrates der tschechoslowakischen Gewerkschaften dürfen nur die besten Arbeiter nach Ostrau geschickt werden. Wenn nun in einem Betrieb festgestellt wird, dass ein Arbeiter geneigt ist, nach Ostrau zu gehen, wird er vom gewerkschaftlichen Betriebsausschuss sofort als Bestarbeiter vorgeschlagen. Damit erhält er eine Prämie und kann als Brigadearbeiter in die Kohlenminen geschickt werden. So ist auch dem Betrieb gedient, der dadurch seine Richtzahl für die Entsendung von Arbeitskräften erfüllt. Den Kohlenminen stehen jedoch alles andere als gute Arbeiter zur Verfügung.

Durch den Regierungsbeschluss Nr. 894/1961 wurden den Kumpels verschiedene Vergünstigungen versprochen, wie kostenlose Seife und Handtücher. Allerdings haben die Kohlenbergwerke kein Geld, um diese Artikel anzukaufen. Der Schaden ist jedoch nicht sehr gross, da die Seifen- und Wäschefabriken nicht liefern können. Aber die Arbeiter sind deshalb nicht glücklicher. Das sind Schwierigkeiten, wie sie der kommunistischen Planwirtschaft unweigerlich anhaften und nur durch die freie Marktwirtschaft überbrückt werden können.

Wehrausbildung

SBZ

Von der Uni über die GST zur Nationalen Volksarmee

«In unserer Organisation ist eine straffe Disziplin und Ordnung herzustellen», wird im Rechenschaftsbericht der Universtätsorganisation der vormilitärischen «Gesellschaft für Sport und Technik» an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg festgestellt. Darunter sei «nicht nur das Strammstehen zu verstehen». Es müsse vor allem Klarheit darüber geschaffen werden, «dass unsere Arbeit keine Spielerei, sondern darauf abgestellt ist, die gesamte wehrfähige Jugend unserer Universität mit exakten militärischen Kenntnissen auszurüsten.»

Zwar gesteht der Rechenschaftsbericht, dass es trotz grosser Bemühungen nicht gelungen sei, die überwiegende Mehrheit der Studenten in die Ausbidung einzubeziehen. Dem soll aber nun abgeholfen werden, indem der GST der Universität von der Partei in diesem Jahr grosse Aufgaben gestellt worden sind. In den nächsten Monaten sollen deshalb viele Studenten als neue Mitglieder der GST gewonnen werden, damit sie in die vormilitärische Ausbildung einbezogen werden können.

Es komme jetzt darauf an, «die grosse Verpflichtungsbewegung für den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee unter den Bedingungen der Existenz des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht in die Teilnahme aller wehrpflichtigen Studenten an der vormilitärischen Ausbildung hinüberzuführen», erklärte der Sekretär der Universitätsparteileitung, Hans Scholz, auf der Tagung der GST der Martin-Luther-Universität. Die Erfüllung der Verpflichtung bedeute deshalb «aktive Teilnahme an der Ausbildungsarbeit der GST oder den Ordnungstruppen der FDJ sowie im Luftschutz». Die Parteileitungen der Grundorganisationen der Universität haben die Anweisung erhalten, alle Massnahmen zur Aufstellung einer «Kampfgruppenreserve» zu treffen.

Die Nationale Volksarmee hat seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht die Volkspolizei abgelöst, die nach aussen hin als freiwilliger Kampfverband zum Schutz der Republik ausgegeben worden ist. Geändert hat sich demnach nicht viel; es kann jetzt der Militarismus etwas offener sein Haupt in der SBZ erheben und die Jugend kann mit schärferen Methoden zum unfreiwilligen Dienst eingezogen werden. Die pazifistische Platte wird nach wie vor auf den kommunistischen Grammophon gelegt.

Hydroenergie

Rumänien/Jugoslawien

Wasserkraft am Kasanpass

An der Donau, im Gebiet vom Kasanpass, soll ein gigantisches Wasserkraftwerk entstehen. Die rumänisch-jugoslawischen Verhandlungen sind kürzlich abgeschlossen worden; die Regierungen beider Länder haben einer Konvention über den Bau dieses Werkes und die Regelung der Schiffahrt zugestimmt. Die Idee für dieses Werk ist Jahrzehnte alt; die Verwirklichung steht erst bevor. Nach Abschluss der notwendigen geologischen, geophysikalischen

und topographischen Untersuchungen sollen die Bauarbeiten 1963 aufgenommen werden.

Wenn das Werk in Betrieb ist, soll es 10 Milliarden kWh elektrischer Energie produzieren, also beinahe soviel, wie heute insgesamt in Jugoslawien hergestellt wird. Geplant ist ein Staudamm, dem beiderseits eine Hydrozentrale mit je 5 Turboaggregaten angeschlossen werden. Schifffahrtswege sind auf beiden Seiten des Dammes vorgesehen. Durch Erhöhung des Wasserspiegels soll gleichzeitig die Schifffahrt erleichtert werden. In die Bauaufsicht teilen sich rumänische und jugoslawische Fachleute, während die Einrichtungen vorwiegend von Jugoslawien geliefert und 1969 abgeschlossen werden.

Zur Verwirklichung dieses Projektes sind Umsiedlungen in grossem Ausmass nötig. Auf der jugoslawischen Seite werden 9000 Personen ihren Wohnsitz wechseln müssen, weil Sip, Mala und Velika Golubinja, Mosna sowie Donji Milanovac unter Wasser kommen. Rumänischerseits werden insbesondere die Ortschaften Orshava, Ogradina und Jeselnica betroffen. Der Rechtsschutz der individuellen Sphäre und des Privateigentums legt in den beiden Ländern der Verwirklichung dieser Pläne nur kleine Hindernisse in den Weg. Auch die Rücksichten auf die Erhaltung des Landschaftsbildes dürften von untergeordneter Bedeutung sein.

In Kürze

Nachdem Tito mit der Belgrader Konferenz vom letzten Spätsommer die Bildung des neutralen Blocks in Angriff nahm, möchte er sich nun mit dem «Geist von Belgrad» zwischen EWG und Komekon schieben. Das geht aus einem in der «Borba» wiedergegebenen Interview hervor, in welchem er erklärte: «Die blockfreien Länder müssen gewisse Massnahmen treffen, um sich vor den Diskriminierungen gewisser geschlossener und regionaler Märkte zu schützen.» Dadurch, so sagte Tito, soll nicht ein dritter Markt geschaffen, sondern der Handel zwischen den blockfreien Staaten belebt werden.

*

Eine neue Verordnung des bulgarischen Landwirtschaftsministeriums, des Zentralrates der Gewerkschaften sowie des Finanzministeriums ordnet die Ferienansprüche des administrativen Personals von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, wie Arbeiter, Techniker und Ingenieure. Der Anspruch auf bezahlte Ferien beträgt 14 Arbeitstage bis zu 10 Jahren Berufsarbeit, 16 Arbeitstage bis zu 15 Jahren Berufsarbeit und 18 Arbeitstage nach 15 Jahren Berufsarbeit. Um den starken Wechsel der Arbeitsplätze etwas einzudämmen, gelten diese Ansprüche erst nach 8 Monaten ununterbrochener Arbeit auf der gleichen LPG.

*

Im Bezirk Vraca in Bulgarien stehen 138 000 Bauern in 93 Dörfern im Zeichen der Industrialisierung kein Dienstleistungsbetrieb zur Verfügung. Daher können Reparaturen praktisch nicht mehr ausgeführt werden. 1961 hätten im ganzen Bezirk 56 Dienstleistungsbetriebe mit 179 Angestellten eröffnet werden sollen; in Wirklichkeit nahmen bloss 14 Betriebe mit 37 Angestellten die Arbeit auf. Da sich die kommunistische Wirtschaftsplanung auf die Entwicklung der machtorientierten Schwerindustrie ausrichtet, gehen die für den einzelnen Bürger notwendigen Flickberufe ein.

Der Schnappschuss

Das ist Theater:

So sprach der Sekretär für Volksbildung und Kultur der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg zu Schauspielern: «Wenn nicht dabei herauskommt, dass die materielle Produktion wächst, habt ihr schlecht Theater gespielt.»

*

Die Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten der kongolesischen Zentralregierung, Adoula, und dem Präsidenten Katangas, Tschombé, kommen kaum mehr vom Fleck. In Katanga befürchtet man die erneute Inhaftierung Tschombes durch die Zentralregierung und eine militärische Aktion unter der Leitung Lundulas von Stanleyville aus. Geheimdokumente, die Kamitatu an Adoula gerichtet hat, scheinen diese Befürchtungen zu bestätigen.

*

Wer wen? So kann man fragen, wenn sich die sowjetische Presse von Zeit zu Zeit in «moralischer Entrüstung» ergeht und mit Bitterkeit feststellt, dass da und dort Komsomolzen ihre Ehe in der Kirche schliessen und dort ihre Kinder taufen lassen. Das ist kürzlich wieder passiert, als bekannt wurde, dass der Sekretär eines Betriebskomsomol, Stepanow, und der Sekretär des Komsomolkomitees in Bantrust Nr. 94, Danilov, ihre Kinder taufen liessen. Leidet nun die atheistische Partei, weil einige Mitglieder die Kirche nicht meiden wie die Pest? Die Partei ist davon überzeugt, weil sie durch die Kirche dauernd in Frage gestellt wird. Aber leidet nicht auch die Kirche, wenn die Gläubigen der antireligiösen Partei angehören?

*

Die Sowjetunion wirbt in der Schweiz durch Insertionen für Reisen in die UdSSR «ohne politische Propaganda». Die Liste beginnt mit der Moskauer Feier zum ersten Mai. Wer glaubt eigentlich an den Osterhasen? Der Inserent oder der prospektive Kunde?

Wir machen

unsere geschätzten Abonnenten und Leser darauf aufmerksam, dass

zum reduzierten Preis von Fr. 4.— eine

Lesemappe

aus Plastik bezogen werden kann, die vier Nummern der Zeitung aufnimmt und besonders zum Auflegen in Wartezimmern, Empfangshallen usw. geeignet ist. Wir haben damit einem vielfach geäusserten Wunsch entsprochen und hoffen, dass die Interessenten von diesem Angebot zahlreichen Gebrauch machen.

Bestellungen sind bitte direkt an die Administration «Der Klare Blick» zu senden.

«Der Klare Blick»
Verwaltung

Landwirtschaft

Sowjetunion

K's Empfehlung

Im Unterschied zur sowjetischen Landwirtschaftsproduktion hat die sowjetische Landwirtschaftsorganisation alle Rekorde geschlagen. Eine Empfehlung Chruschtschews zur vollständigen Neugestaltung des Agrarweses ist so schnell verwirklicht worden, dass die Vorbereitungsarbeit von mindestens einigen Monaten innerhalb von Tagen abgeschlossen wurde.

Dazu ist die Zeit nicht einmal mit eingerechnet, welche mit der traditionellen demokratischen Diskussion über die unverbindlichen Vorschläge des Ersten Parteisekretärs ausgefüllt worden sein muss.

Die Agilität des sowjetischen Führungskollektivs wird aus dem Ablauf der Dinge selbst ersichtlich:

Am 5. März dieses Jahres formulierte Chruschtschew seinen ausführlichen und detaillierten Vorschlag zur Reorganisation der sowjetischen Landwirtschaft (siehe KB Nr. 14, S. 2). Am 22. März fassten das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR einen diesbezüglichen gemeinsamen Beschluss. Fünf Tage später, am 27. März, betrichtete der Vorsitzende des RSFSR-Zentralkomitees, Gennadi Woronow, vor dem ZK der KPdSU über das bereits angelaufene Werk in seiner Russischen Föderativen Sowjetrepublik. Die Neugestaltung war bis zu diesem Zeitpunkt schon tiefer als manche Neuorganisation zuvor, die sich über Jahre erstreckt hatte. Und weitere vier Tage später, am 31. März, veröffentlichte die «Sowjetskaja Moldawija» bereits eine Karte (die wir hier reproduzieren) mit der abgeschlossenen Neueinteilung in der Moldauischen SSR. Unterdessen sind Lettland und andere Republiken dem Beispiel gefolgt.

Was in dieser Republik alles seit dem Beschluss vom 22. März gegangen ist, zeigt folgende Notiz in der «Iswetija»:

Zur Neueinteilung der Territorialleitungen erklärte der Erste Sekretär der KP Moldaus, Iwan Iwanowitsch Bodjul:

Im Norden Moldaus ist Ebene = Zuckerrübenbau,

Mittel-Moldau ist hügelig = Weinbau, Gartenbau, Tabakpflanzungen,

im Süden ist Steppe = Weinbau, Viehwirtschaft, Getreidebau,

Südosten = Gemüseanbau und Konservenproduktion.

Diese Eigenarten wurden bei der Territorialeinteilung berücksichtigt. In der Republik wurden 15 territoriale Produktionsleitungen geschaffen, 11 davon vereinigen die Kolchose und Sowchose jeweils zweier Administrativbezirke und in 3 wurden 3 Administrativbezirke zusammengezogen.

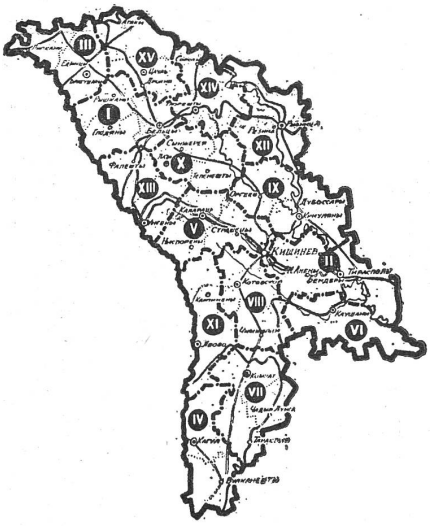
Im Gebiet von Kauschany mit der vielgestaltigen Landwirtschaft wurde eine eigene Leitung geschaffen.

Die territorialen Produktionsleitungen werden durchschnittlich 41 landwirtschaftliche Betriebe mit Gesamtflächen von 130 000 bis 240 000 ha bedienen.

Das neuorganisierte Ministerium für die Produktion und Beschaffung der landwirtschaftlichen Produkte der Moldauischen SSR leitet der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Moldauischen SSR und Kandidat der Agronomie M. I. Sidorow. Es wurden abge-

schafft: das Beschaffungsministerium mit den Bezirksinspektionen, das Landwirtschaftsministerium, und die Hauptleitung der Sowchose beim Ministerrat der Moldauischen SSR.

Es wurde ein Republikkomitee für Landwirtschaft gebildet. Es bleibt anzumerken, dass die Erklärungen Woronows noch detaillierter waren.



I. Belzy, II. Bendery, III. Bratuschany, IV. Kagul, V. Kalarasch, VI. Kauschany, VII. Komrat, VIII. Kotowskoje, IX. Kriuljany, X. Lasow, XI. Leowo, XII. Rybniza, XIII. Ungeny, XIV. Floreschty, XV. Zaul.

Unterhaltung

Polen

Schwarze Kinokarten

Sonderpolizei, Angehörige der Staatsanwaltschaft und Vertreter der Filmindustrie haben sich in Polen zu einem gemeinsamen Kampf gegen den weitverbreiteten Schwarzhandel mit Kinokarten zusammengeschlossen.

«Glos Pracy» wies darauf hin, dass diese Art von Schwarzhandel besonders bei den Schulkindern sehr verbreitet sei und forderte die Schulen und die Schulbehörden auf, ein aktiveres Interesse an diesem «besonders gefährlichen Phänomen» zu nehmen.

Im vergangenen Jahr wurden 229 Leute wegen des Verdachts verhaftet, sie handelten mit Kinokarten. In den meisten Fällen kam es zur Gerichtsverhandlung. Es gab Geldstrafen und bis zu 10 Monate Gefängnis für die Beteiligten. «Glos Pracy» schrieb, dies habe anscheinend keine abschreckende Wirkung gehabt, vor allem auch deshalb, weil viele Strafen zur Bewährung ausgesetzt worden waren.

«Natürlich», so heisst es in dem Artikel weiter, «beträgt die Zahl der Festgenommenen nur einen Bruchteil der grossen Zahl jener, die mit Kinokarten handeln. Man kann sie vor fast jedem Kino beobachten, vor allem dann, wenn ein Film gefragt ist.»

Was das Blatt allerdings nicht schrieb, ist die Tatsache, dass fast alle Filme, die ein Erfolg sind, aus der westlichen Welt stammen.

Wirtschaft

Polen

Getreide aus dem Westen

Wladyslaw Gomulka, Chef der polnischen KP, gab bekannt, dass Polen in diesem Jahr 1,2 Millionen Tonnen Getreide aus «kapitalistischen» Ländern einführen müsse — 200 000 Tonnen mehr als ursprünglich geplant.

Gomulka macht diese Mitteilung am Wochenende vor einer Konferenz der Funktionäre des Parteibezirks Warschau; seine Rede wurde letzten Sonntag von Radio Warschau auszugsweise wiedergegeben.

Gomulka führte aus, dass zu Beginn dieses Jahres geplant war, die Getreideimporte aus «nichtsozialistischen» Ländern in gewissem Umfang zu kürzen. «Da jedoch der Aufkaufplan nicht durchgeführt wurde, mussten wir die Einfuhr um 200 000 Tonnen steigern», sagte er.

Den Ausführungen des Parteichefs zufolge sollen die zusätzlichen Dollaraufwendungen teilweise durch den Export von Fleisch in westliche Länder ausgeglichen werden. Gomulka machte jedoch darauf aufmerksam, dass die Aussichten für den Export von Erzeugnissen der Landwirtschaft und von Nahrungsmitteln «nicht allzu gut» seien.

Er teilte gleichfalls mit, dass Polen in diesem Jahr auch 800 000 Tonnen Getreide aus der Sowjetunion importieren werde, und zwar auf Grund «günstiger Kredite». Im Rahmen eines Abkommens zwischen Polen und den Vereinigten Staaten, das im Dezember vergangenen Jahres unterzeichnet wurde, liefern die Vereinigten Staaten landwirtschaftliche Güter im Wert von 44,6 Millionen Dollar, einschliesslich 400 000 Tonnen Weizen und 100 000 Tonnen Gerste. Warschau bezahlt diese Lieferungen in Zloty, die in Polen deponiert werden und über die Washington frei verfügen kann.

Seit 1957 haben die Amerikaner im Rahmen ihrer Handelsvereinbarungen mit Polen Güter im Gesamtwert von 365,3 Millionen Dollar geliefert.

Gomulka setzte sich in seiner Rede ferner für die «grösstmögliche Steigerung» der landwirtschaftlichen Erzeugung ein, insbesondere jedoch auf dem Gebiet der Viehfutterproduktion. Er verwies darauf, dass die guten Ergebnisse bei der Steigerung des Viehbestands weitgehend auf die staatlichen Lieferungen an zusätzlichem Getreide für Futterzwecke zurückzuführen seien.

Polen war das einzige Land des Sowjetblocks, das im vergangenen Jahr seine landwirtschaftlichen Planziele erfüllte.

Kultur

Jugoslawien

Kommissare und Zensoren in der Schneeschmelze?

«Unsere Künstler haben Angst, Kommunisten zu sein, weil sie befürchten, zu Schdanowisten (nach dem 1948 verstorbenen sowjetischen Kulturdiktator A. A. Schdanow), Politkommissaren und Zensoren gestempelt zu werden.» Zu diesem Ergebnis kommt Drazha Markovic in der Belgrader Zeitung «Kommunist». Der Autor untersuchte in einem interessanten Artikel die Fragen der ideologischen Beeinflussung von Kultur und Wissenschaft durch die kommunistische Partei. Im allgemeinen seien als erfreuliche Ergebnisse die undogmatische Kulturpolitik sowie die Erkenntnis hervorzuheben, dass das geistige Schaffen der Tagespolitik nicht untergeordnet werden dürfe; schädlich sei es, einem bestimmten Stil oder einer gewissen Schule in Kunst und Kultur den Vorrang zu geben. Die Diskussion habe sich nicht auf Form und Methode, sondern auf den Inhalt der geistigen Arbeit zu beziehen.

Markovic stellt fest, dass die Kulturpolitik des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), die offizielle Bezeichnung der kommunistischen Partei) einer «mittleren» Linie zwischen Freiheit und Dogma folge. Neues Tauwetter aus Südosteuropa? Leider nicht; die Verbeugung wird sofort korrigiert. Der domatische Flügel scheint seine Position zu verbessern und kann eben mit der Inhaftierung von Djilas einen neuen Sieg feiern (KB Nr. 15). Markovic kritisiert diese «mittlere» Linie denn auch als Folge einer mangelnden Einsatzbereitschaft seitens des BdKJ. Es sei falsch, theoretische Fragen nur durch Spezialisten wie Lehrer und Forscher behandeln zu lassen. Zu politischen und ideologischen Angelegenheiten müssten sich die Kommunisten äussern. Kulturelle und wissenschaftliche Fortschritte seien bloss durch einen kämpferischen Einsatz des BdKJ zu erzielen, wobei die persönlichen und Gruppeninteressen beseitigt werden müssten. «In bestimmten intellektuellen Kreisen, insbesondere in der jungen Generation besteht eine stark verbreitete, ihrem Wesen nach anarchistische und pseudodemokratische Auffassung der Freiheit des künstlerischen Schaffens... Einzelne Menschen streben danach, mit Freiheit, Unabhängigkeit und Humanismus zu kokettieren.» Ferner halte man vielenorts dieser Kritik von «schädlichen und konfusen Auffassungen» entgegen, dass sie dogmatisch sei, eine Einmischung in das künstlerische Schaffen darstelle und als Verpolitisierung betrachtet werden müsse. Just gegen diese Vorwürfe wendet sich Markovic, weil er selber vor der allzu weitgehenden Freiheit des Künstlers und Wissenschafters warnt und dadurch diese Gruppen stärker verpolitisieren möchte. Er befürchtet die Geister, die da gerufen worden sind. Damit deckt er eine unlösbare Problematik des Diktaturstaates auf, der immer die grössere Bevormundung des Volkes anstreben muss. Wird die Schraube einmal doch gelockert, so werden Kräfte wach, welche die Diktatur als solche in Frage stellen. Als Folge muss dann unweigerlich die Schraube wieder angezogen werden.

Dieses Hin und Her zwischen dem Versprechen der Freiheit und der Wirklichkeit des Zwanges kann solange weiter gehen, als der Diktator gewillt ist, die moderne Technik zur Unterdrückung des Volkes einzusetzen. Da den kommunistischen Regierungen der Gegenwart weder Wille noch Mittel zur Diktatur fehlen, dürfen die freiheitlichen Ansätze nicht überschätzt werden, wiewohl sie gefördert werden müssen. Das, nämlich die grösstmögliche Förderung freiheitlicher Tendenzen im kommunistischen Herrschaftsbereich, ist die wichtigste Aufgabe des westlichen Einsatzes.

Infolge der Feiertage fällt die Nummer vom 25. April aus. Dafür erscheint heute eine Doppelnummer. Die nächste Ausgabe wird am 2. Mai verschickt.

Wir wünschen unseren Abonnenten und Lesern ein besinnliches Osterfest.

Politik

SBZ

Front statt Friede

«Auf Empfehlung» des Politbüros des ZKs der SED aufgelöst wurden die Bezirks- und Kreis-«Friedensräte» der Sowjetzone. Sie sind in den Bezirks- und Kreisausschüssen der «Nationalen Front» aufgegangen, wo die bisherigen Mitarbeiter der «Friedensräte» den «gesellschaftlichen Auftrag haben, das gute Werk der Friedensarbeit in Arbeitsgruppen fortzusetzen». Dies wurde am vergangenen Wochenende in allen Bezirken bei gemeinsamen Tagungen der Bezirksausschüsse der «Nationalen Front» und der Bezirks-«Friedensräte» mitgeteilt.

Ob auch der «Deutsche Friedensrat», die Sowjetzonenvertretung des kommunistisch gelenkten «Weltfriedensrates», als selbständige gesellschaftliche Institution aufgelöst und im «Nationalrat der Nationalen Front» aufgegangen ist, wurde bisher nicht bekannt.

Bereits am 1. Januar 1962 hat das Organ des Sowjetzonen-Friedensrates, «Stimme des Friedens», sein Erscheinen eingestellt.

Unser Memo

Die englische Politik ist nach wie vor voller Ungereimtheiten und bietet ein Bild gefährlicher Verwirrung. Stellungnahmen bekannter Persönlichkeiten in erstaunlicher Zahl beweisen, dass die Zusammenhänge der internationalen Politik allzuoft verkannt werden.

Die angesehene Wirtschaftszeitung «Economist» hat beispielsweise einen Sonderkorrespondenten nach der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands geschickt. Nach seiner Reise schrieb er über die Versorgungsschwierigkeiten: «Es handelt sich um Unbequemlichkeiten, nicht aber Härten. Wenn es Knappheit gibt, sind sich die Menschen dessen bewusst, was sie vermissen. Aber ein Besucher, der nach vierjähriger Abwesenheit nach Ostdeutschland zurückkehrt, ist überrascht von der Verbesserung hinsichtlich eines breiten Gebietes materieller Güter.» Diese Uebersetzung stammt aus der Ostberliner Zeitung «Neues Deutschland», die denn auch mit Freude als Titel die Schlagzeile gewählt hat: «Economist widerlegt Lügen über die DDR.» Richtiger wäre wohl gewesen: «Economist fällt auf Lügen der DDR herein.» Denn die Versorgungsschwierigkeiten sind notorisch, und es nützt der ostdeutschen Hausfrau wenig, wenn sie weiss, was sie kaufen möchte, aber dafür stundenlang Schlange stehen muss. Aber England fürchtet offenbar für seinen Handel mit der SBZ.

Der Osthandel ist ganz allgemein das Gebiet, das britische Kreise in gefährliche Versuchungen bringt. Immer nach dem in dieser Frage sicher glaubwürdigen ostzonalen Organ «Neues Deutschland» erklärte kürzlich der konservative Politiker Lord Boothby im britischen Rundfunk: «Leipzig ist nicht nur für Ostdeutschland, sondern für alle Länder Osteuropas ein Schaufenster; es ist deshalb für die britischen Erzeuger sehr wichtig, dort auszustellen.» Der Handel mit dem Ostblock sei nach Boothby eine der grössten Hoffnungen Grossbritanniens; mehr Handel bedeute mehr Kontakte, und je mehr Kontakte bestünden, um so besser sei es um die Verständigung, der Nationen bestellt. Aehnliche Argumente dürften 1939 zur Rechtfertigung britischer Waffenexporte nach dem nationalsozialistischen Deutschland gedient haben, an die wir uns zu erinnern glauben.

Es ist geradezu rührend, von welch humanitärem Verständigungswillen die britischen Osthändler nach ihren Erklärungen getragen sind. Durch den Export englischer Kapitalgüter soll den unterdrückten Völkern geholfen werden. Angeblich. In der Praxis sieht das zuweilen anders aus. So zum Beispiel: Kürzlich musste der SBZ-Fischdampfer «Kottbus» zur Reparatur seiner Radaranlage im Hafen von Aberdeen anlegen. Der Schiffskoch ging an Land und erkundigte sich bei den britischen Behörden nach dem nächsten westdeutschen Konsulat, da er flüchten wollte. Darauf rieten ihm die britischen Behörden, an Bord zurückzukehren, damit ihnen keine Unannehmlichkeiten entstünden.

Mehr Haltung haben da jene britischen Seeleute bewiesen, die sich weigerten, eine Schiffsladung Waren nach China zu bringen. Allerdings müssen sie sich jetzt vor Gericht verantworten.

Das Bild britischer Verwirrung wird abgerundet durch Montgomerys Ratschlag, Bundeskanzler Adenauer Rattengift zu verabreichen, während Berlins Bürgermeister Willy Brandt durch englische Kommunisten und Faschisten als Nazi empfangen worden ist! Wenn das englische Fairplay darin bestehen sollte, den offenkundigen Gegner wesentlich besser zu behandeln als den Freund, dann hat das mit Selbstzerfleischung recht viel, mit Sachlichkeit aber nichts zu tun. Oder England ist eben doch vor allem ein Volk von Krämern.

BRIEFE

Klöster als Attraktionen

Der «Touring» bringt in seiner neuesten Nummer ein Inserat des staatlichen (kommunistischen) Reisebüros in Prag. In dieser Anzeige werden als Sehenswürdigkeiten auch Kirchen und Klöster angepriesen! Wenn man die Einstellung der Kommunisten zu diesen Einrichtungen kennt — und wer könnte darüber noch im Zweifel sein — ist empört darüber, dass etwas, das die Kommunisten selber mit Grausamkeiten bekämpfen, gerade noch gut genug ist, als «Sehenswürdigkeit» die dummen Westreisenden zu ködern. Wer mit offenem Sinn durch jenes Land reist, kann kaum Freude haben an diesen «historischen» Sehenswürdigkeiten. A. K. in Thun

Stimmt. Nachdem beinahe alle Klöster und viele Kirchen geschlossen worden sind, sollen sie jetzt als touristische Sehenswürdigkeiten ausgebeutet werden. Ob das gelingt, hängt allerdings von den Völkern des Westens ab. Die Aufnahme eines solchen Inserates ist jedenfalls nicht besonders erfreulich. Red. KB.

Curriculum der Woche

ALEXEJ (SIMANSKIJ, SERGEJ WLADIMIROWITSCH)

Patriarch von Moskau und ganz Russland, Vorsitzender des Heiligen Synods, Kandidat der Rechtswissenschaft, Doktor h. c. der Theologie.

Geboren 1877 in Moskau. Von 1899 bis 1904 betreibt er in Moskau theologische Studien. Mit der Ernennung zum Inspektor des Geistlichen Seminars in Pskow (1904) hat er seine Laufbahn begonnen.

1913 erhält er seine Bischofsweihe und wird Bischof von Tichwin und Vikar der Diözese Nowgorod, welcher er 1926 als Erzbischof vorsteht. Ab August 1932, nach der Erschiessung des Petrograder Metropoliten Benjamin (Kazanskij), leitet er die Metropolie, wird jedoch bald wegen seines Widerstandes gegen das vom kommunistischen Regime geförderte «Erneuerer»-Schisma verhaftet und nach Semipalatinsk verschickt. Jedoch darf er schon bald danach aus der Verbannung auf den Jamburger Bischofsstuhl zurückkehren.

Besonders wichtig wird Alexejs Tätigkeit während des Zweiten Weltkrieges. Während der Blockade von Leningrad (1941) mobilisiert er die Bevölkerung durch besondere Gottesdienste und feuert sie trotz Hunger und Not zu Spenden an. 1944, nach dem Tode des Patriarchen Serij, wird er — gemäss dem Testament — Verweser des Patriarchats.

Auf dem vom ZK der KPdSU inszenierten Landeskonzil wird er «einstimmig» zum Patriarchen von Moskau und ganz Russland gewählt. Dieses Konzil soll die in der UdSSR angeblich herrschende Freiheit der Kirche und die kirchenfreundliche Haltung der Regierung plakatieren.

Im August 1950 wendet er sich im Namen des Heiligen Synods an den Sicherheitsrat der UN mit einem Appell gegen die angebliche Einmischung der USA in koreanische Angelegenheiten. Er ruft die Oberhäupter der orthodoxen und andersgläubigen Kirchen zur Beteiligung am kommunistisch gelenkten «Friedenskampf» auf, spricht auf Allunions-Konferenzen der Anhänger des Friedens, verteidigt die aggressiven Ziele der KPdSU.

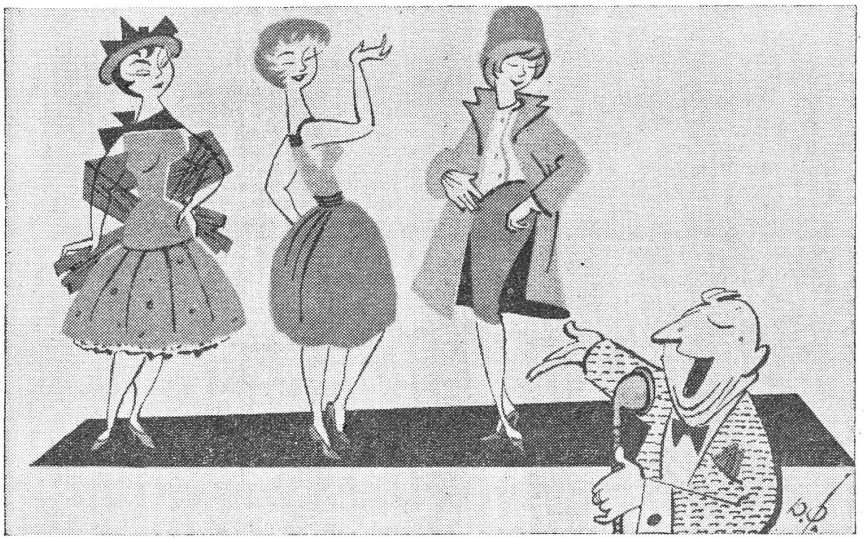
Während der Krankheit und der Bestattung Stalins veranstaltet Alexej öffentliche Gottesdienste und ruft die Gläubigen dazu auf, Stalin für seine «Verdienste um die Wiederherstellung der Russisch-Orthodoxen Kirche» die letzte Ehre zu erweisen. Seine Verdienste dem kommunistischen Regime gegenüber, werden von der Sowjetregierung gewürdigt und belohnt. Er erhält zwei Medaillen «für die Verteidigung Leningrads» und «Für beispielhafte Leistungen während des Grossen Vaterländischen Krieges (1951 bis 1945)», ausserdem zweimal den Orden des Roten Arbeitsbanners. 1948 verleiht ihm die Geistliche Akademie in Moskau den Titel eines Doktors der Theologie h. c. Alexej ist Mitglied des Sowjetischen Komitees zum Schutze des Friedens.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 18. April 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.



Modeschau: Und hier, meine Freunde, sehen Sie Modelle, die nicht aufzutreiben sind, hergestellt aus Stoffen, die nicht zu kaufen sind.

Frühlingsbilder

Der Wechsel der Jahreszeiten wird zumeist von den Humorseiten der Gazetten registriert. So auch in der Sowjetunion.

Den Karikaturisten ist unter anderm die Aufgabe zuteil geworden, Missstände im Unionsgebiet zu exemplifizieren und ihre Aufhebung vorzubereiten. Der erste Teil dieses Plansolls wird besser erfüllt als der zweite. So werden gewisse parteioffizielle Witzmotive zu dauernden Werten erhoben, und die künstlerische Originalität zeigt sich in der jeweiligen Abwandlung. Es muss zugegeben werden, dass die Unerschöpflichkeit einzelner Themen ihre Parallelen im Westen hat. Ein Unterschied dagegen liegt im Repertoire: Bei uns ist es zunächst weniger straff nach einem Spielplan geordnet, und dann ist es auch inhaltlich verschieden. So fehlen beispielsweise in den kommunistischen Staaten die Witze über den Mangel an Parkplatz.

Neben den ständigen Motiven gibt es auch saisonal bedingte oder geförderte. Im Sommer etwa werden die Faulenzer aufs Korn genommen, die sich vor dem Aufgebot zur freiwilligen Landarbeit in ihren Ferien zu drücken versuchen. Oder die staatlichen Gemüsegeschäfte werden zur Rechenschaft über das fehlende Gemüse gezogen, während private Kleinverkäufer sich wegen vorhandenem Gemüse verantworten müssen.

Der Herbst ist nicht nur die Jahreszeit der Erntewitze (Chruschtschew hat diverse Kohlzüchter mit ihren Produkten verglichen, ha ha), sondern auch der länger werdenden Abende. Zur Sprache kommen dann Wohnungen, in denen die Körperwärme der sich brüderlich nahe stehenden Mieter nahezu das ausgebliebene Heizmaterial aufwöge, wenn sich nicht manchmal die Frischwasserzufuhr vom Dach her störend bemerkbar machte.

Die hohe Zeit des kritischen Witzes ist der Jahrerswechsel, wenn die Pläne mit den Ergebnissen verglichen werden. Der Erste Parteisekretär ist mit dem guten Beispiel vorangegangen und hat sein Redesoll überfüllt. Ergo braucht er auch nicht bewitzelt zu werden.

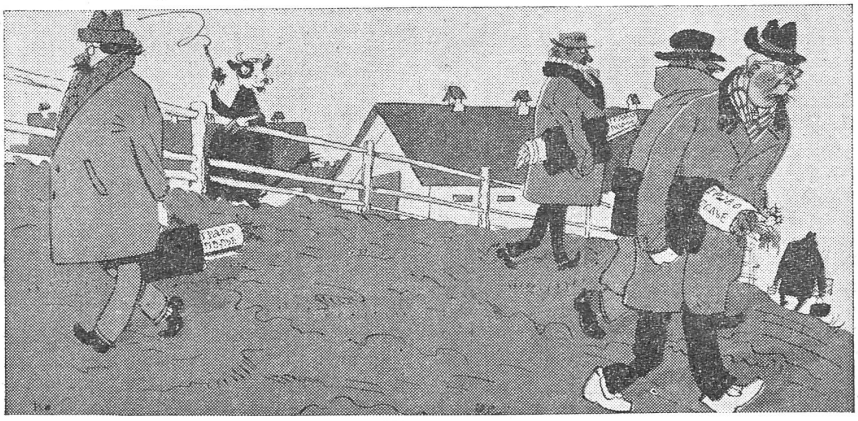
Was zu den zyklischen Frühlingsmotiven gehört, zeigen wir heute an ein paar Beispielen. Es mag im Westen überraschen, dass auch die Modeschau mit dazu gehört. Und erst noch mit einer aparten Note, die dafür bürgt, dass die Sowjetfrauen keine Modetorheiten mitzumachen brauchen. Es sei daran erinnert, dass die grossen sowjetischen Ausstellungen sowohl in Paris wie auch in London auch Modeschauen umfassten. Wie sich unserer «Krokodil»-Zeichnung entnehmen lässt, dienten sie dazu, den Kapitalistinnen zu zeigen, wie sich die Sowjetbürgerinnen nicht kleiden. Ein Beispiel für den dialektischen Immaterialismus, der in der kommunistischen Konsumgüterproduktion immer seine Rolle spielt. (Uebrigens macht sich der Frühling auch in den Auslagen der Kleidergeschäfte bemerkbar. Man beginnt traditionellerweise damit, die Wintermodelle auszustellen.)

Der Frühling ist auch die Zeit, da die sowjetische Jugend den mächtigen Drang verspürt, ins sibirische, fernöstliche oder kasachische Neuland zu fahren, um dort Pioniertaten zu vollbringen. («Pioniere» sind in der Sowjetunion übrigens die organisierten Kinder im lenkbaren Alter von 9 bis 14 Jahren.) Unser Bildchen illustriert die Begeisterung.

Zyklisch ist auch die allgemeine Diskussion um die besten Anbaumethoden in der Landwirtschaft. Neu ist der Grossangriff, den Chruschtschew jetzt gegen die alte Zweifelderwirtschaft gestartet hat. Diese ist seiner Ansicht nach zweitens unrentabel und erstens stalinistisch. Objektiverweise muss immer festgestellt werden, dass Chruschtschew mehrmals erklärte, er sei als Agrarexperte unfehlbar und demzufolge bereit, seine Ansichten einer sachlichen Diskussion zu unterziehen. Unsachlich sind freilich seinen Ausführungen zufolge die Argumente, die aus der Zeit des (stalinistischen) Personenkultes stammen.

— Ah, Ihr seid die Jugendgruppe, die sich geschlossen nach Sibirien gemeldet hat?
— Jawohl, wir bringen den da vorne zum Zug. Er wird im Neuland unser Kollektiv vertreten.

Man kann sich im Ernst fragen, ob solche Darstellungen nicht am System selbst rütteln. Da ist zunächst festzustellen, dass die Kritik in ihrer allgemeinen Richtung immer gelenkt ist (sie klammert sich beispielsweise äusserst eng an Chruschtschews Reden an). Sie gilt nach Parteiwillen nicht den Mängeln des Systems, sondern den Mängeln, die sich der Verwirklichung des Systems entgegenstellen. Die Grenzen mögen freilich fliessend sein, aber wir können nicht jede (vielleicht noch so berechtigte) westliche Interpretation als Massstab für die Meinung des Karikaturisten und die Reaktion des sowjetischen Lesers nehmen.



Kuh (zu den Theoretikern der überlebten Zweifelderwirtschaft):
So habt eure Weide und grast dort gleich selber.
Wohl soll's euch bekommen, ihr Vorsintflutkälber.